

Sozialdemokratie in Deutschland

1848 – 1863 Aufbruch in die Industriegesellschaft

Zu Beginn der Industrialisierung ist Deutschland ein Land mit krassen sozialen Gegensätzen. Arbeiterfamilien leben im Elend, sind rechtlos und ausgebeutet. Im März 1848 bricht in Deutschland die Revolution aus. Handwerksgesellen und Facharbeiter organisieren sich. Die Revolution war jedoch erfolglos. Es dauerte Jahre, ehe sich die deutschen Arbeiter von den Niederlagen der für sie erfolglosen Revolution erholten.

1863 – 1890 Der Weg zur Massenorganisation

Die demokratischen Ideale der Revolution werden erst 1863 durch den „Vierten Stand“ weitergetragen. Der Kampf, in dessen Verlauf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entsteht, führt durch Höhen und Tiefen, Anfeindungen und Verfolgungen, aber auch zum Erfolg. Am 23. Mai 1863 gründete Ferdinand Lassalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Dieser Tag gilt als Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ so lautet das Motto auf dem Traditionsbanner der SPD, das an den wichtigen Schritt zur Organisation einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung erinnert.

Am 21. Oktober 1878 wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von „Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser“ verkündet. Dieses Gesetz bedeutete das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, der ihr nahestehenden Gewerkschaftsorganisationen und der Parteipresse. Dieses Verbot dauerte 12 Jahre, in denen Sozialdemokraten verfolgt, unterdrückt, verhaftet und ausgewiesen wurden.

Am 25. Januar 1890 geht die zwölfjährige Unterdrückung zu Ende. Bereits bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 hatten die Sozialdemokraten Erfolg und es wurde klar, dass die Strategie von Bismarck, der verhassten Partei den Boden zu entziehen und die Arbeiterschaft mit einigen Sozialgesetzen für die bestehende monarchisch-konservative Ordnung zu gewinnen misslungen war.

1891 – 1914 Demokraten gegen den Kaiser

Der Kampf um ein demokratisches Wahlrecht und die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft bilden 1891 – 1914 Schwerpunkte der Politik der SPD.

In dieser Zeit am 07. Mai 1899 wurde in der Gaststätte Maunz der SPD Ortsverein Weisenheim am Sand gegründet.

Obwohl die SPD von Wahl zu Wahl stärker wird und 1912 mit 110 Abgeordneten die größte Fraktion im Reichstag stellt, bleibt sie wegen des für sie ungünstigen Wahlrechts, vor allem in Ländern und Kommunen stark benachteiligt. Die SPD ist vor allem eine Partei der Industriearbeiterschaft; auf dem Land ist ihr Einfluss gering. Die

SPD verschafft sich Gehör auch durch eine große Zahl eigener Zeitungen und Publikationen.

Die Sozialdemokratie warnt vor imperialistischen Abenteuern, dem „Griff nach der Weltmacht“. Sie zieht sich dabei nicht auf einen idealistischen Pazifismus zurück, sondern ist in ihrer Mehrheit bereit, sich der Pflicht der Landesverteidigung zu stellen, falls das Vaterland angegriffen wird. Aber die SPD erkennt auch die Gefahren des deutschen Weltmachtstrebens. Deutsche Sozialdemokraten unterstreichen gemeinsam mit englischen und französischen Sozialisten ihren Friedenswillen. Für besonders verhängnisvoll hält die Partei das deutsche Flottenprogramm, das den Rüstungswettlauf mit England in Gang setzt. 1911 verlangt die SPD, „dass im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird...“

1914 – 1918 Deutschland im Ersten Weltkrieg

„Gefahr ist im Verzuge. Der Weltkrieg droht“, so wart die SPD noch am 25. Juli 1914 in einem Aufruf des Parteivorstandes, den der „Vorwärts“ veröffentlicht. Die vaterländischen Emotionen erweisen sich im Inland wie im Ausland stärker als die Solidarität der Arbeiterklasse. Imperialistisches Machtstreben treibt Deutschland und Europa in den Ersten Weltkrieg. Viele, die gehofft hatten, die über Staatsgrenzen hinweg verbundene Arbeiterbewegung könne den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker garantieren, wurden bitter enttäuscht. In den Arbeiterparteien kam es zum Konflikt darüber, wie nationale Interessen und sozialistische Prinzipien miteinander zu vereinbaren seien. Liebe zum eigenen Volk und Verpflichtung zur internationalen Solidarität der Arbeiter bedeuten für die Sozialdemokraten einen schweren Konflikt. Der Verlauf des Krieges trägt zur Spaltung der SPD bei. Der Glaube, einer gerechten Sache zu dienen, ist quer durch die politischen Parteien verbreitet. Im letzten Kriegsjahr ist die Not in Deutschland groß. Die Menschen stehen Schlange um Lebensmittel. Im August 1918 ist das Deutsche Reich militärisch am Ende.

Die deutschen Sozialdemokraten gaben nach Kriegsende die gewöhnliche Rolle der Opposition auf und übernahmen die Regierung im besiegten, ausgebluteten Land. Die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik war in hohem Maße das Werk der SPD. Die Sozialdemokraten treten ein schweres Erbe an, denn die gescheiterte Militärführung und die nationalistischen Kräfte aller Schattierungen verschleiern die wahren Hintergründe der Niederlage im Ersten Weltkrieg.

Am 12. November 1918 verkündet die sozialdemokratische Revolutionsregierung das Frauenwahlrecht und erfüllt damit eine schon im Erfurter Programm der SPD (1891) erhobene Forderung. Sozialdemokratische Frauen kämpfen gegen verkrustete Traditionen, Vorurteile und angemaßte Machtansprüche. Zwar scheitern Sie mit vielen Vorschlägen an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen und am gesellschaftlichen Klima. Aber sie bereiten mit ihren Forderungen den Boden für Reformen, die später – vielfach erst nach dem Zweiten Weltkrieg – verwirklicht werden.

1919 – 1933 Revolution und Kampf um die Demokratie

Sozialdemokratische Politikerinnen setzen sich für die Gleichberechtigung der Frau ein, für das Recht der ledigen Mutter und des unehelichen Kindes, für die Änderung des Paragraphen 218, für die Eherechtsreform. Für zahlreiche sozialpolitische Gesetze und für eine moderne, demokratische Schul- und Bildungspolitik.

Auf ihrem Parteitag in Görlitz (1921) erklärt sich die SPD als Volkspartei und demokratische Staatspartei. Ein Jahr später überwindet die Sozialdemokratie die Spaltung. Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 gibt sich die nun wieder vereinigte SPD ein neues Grundsatzprogramm. Mehrere Jahre lang sind Sozialdemokraten an den Reichsregierungen von Weimar nicht beteiligt. Die Partei ringt weiterhin darum, die demokratischen Fundamente im Reich zu verankern. Sie prangert die geheime Aufrüstung und „schwarze Reichswehr“ an und tritt für eine Politik der Verständigung und Aussöhnung mit den ehemaligen Feindstaaten ein.

1928, nach ihrem Wahlsieg, bildet die SPD noch einmal eine Koalitionsregierung. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise gerät die parlamentarische Republik aber in immer neue Strudel. Der große Börsenkrach in New York 1929 hat verheerende Wirkungen auf die Weltwirtschaft. Besonders betroffen ist Deutschland. Wirtschaftsunternehmen machen Pleite, Fabriken werden geschlossen. Die SPD nimmt den Kampf gegen Arbeitslosigkeit auf.

1931 sind die Rechten auf dem Vormarsch. Die Republik geht im anti-demokratischen Terror zugrunde. Deutschnationale, Stahlhelm und Nationalsozialisten, bilden eine gemeinsame Front, die „Harzburger Front“. Die Gegenbewegung, „Eiserne Front“, entsteht im Zusammenschluss von SPD, Arbeitersportorganisationen, Reichsbanner und Gewerkschaften. Vergeblich waren die Sozialdemokraten vor der Gefahr. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit treiben den Nazis immer neue Wähler zu. Der permanente Terror der nationalsozialistischen Kampfverbände untergräbt den Rechtsstaat. Ohne parlamentarische Legitimation, allein gestützt auf Hindenburgs Blankovollmachten, wird am 20. Juli 1932 die preußische Regierung (SPD) abgesetzt. Die SPD kann sich, aus Angst vor einem blutigen Bürgerkrieg, nicht zur Ausrufung eines Generalstreiks entschließen. Danach ist der Siegeszug der Nationalsozialisten nicht mehr aufzuhalten. Am 30. Januar 1933 hat die NSDAP ihr Ziel erreicht. Adolf Hitler wird zum neuen Reichkanzler ernannt.

1933 – 1945 Arbeit im Untergrund und im Exil

Die Jahre, die Deutschland den Untergang bringen werden, brechen an. Der Reichstag übergibt Adolf Hitler die Herrschaft. Nur die Sozialdemokraten – auch sie sind schon durch Verfolgung dezimiert – stimmen 1933, umringt von Hitlers Sturmtruppen, bei der namentlichen Abstimmung mit einem mutigen, unvergesslichen „NEIN“ gegen das Ermächtigungsgesetz, das die Demokratie zu Tode bringt. Zwölf Jahre später liegt das Land und halb Europa in Trümmern – und die Welt blickt anklagend auf Deutschland, das sich am Tod und an der Ermordung vieler Millionen Menschen schuldig gemacht hat.

Am 22. Juni 1933 wird die SPD verboten. Manchen führenden Sozialdemokraten gelingt es, der drohenden Verhaftung durch Flucht zu entgehen. Die Verfolgung der Sozialdemokratie durch die neuen Machthaber ist total. Zwar bilden sich sofort Widerstandsgruppen im Untergrund, aber der größte Teil von ihnen wird von der Gestapo bis Mitte der dreißiger Jahre zerschlagen. Hitlers Weg in den Krieg, Eroberung und Zusammenbruch säumen Millionen Ermordeter: Millionen Juden und Gegner des Nazi-Regimes werden umgebracht. Kriegsgefangene und Deportierte leisten Zwangsarbeit in deutschen Fabriken. Minderheiten wie Sinti und Roma werden grausam vernichtet, psychisch kranke Menschen ermordet. Frauen müssen Bomben bauen, und zuletzt schickt man auch noch Kinder an die Front. Der Exilvorstand der SPD in Prag hat wenig mehr als das Mittel des Wortes und der Schrift, sich den Kriegsvorbereitungen entgegenzustemmen. Der Aufruf an die „zivilisierte Welt“, Hitler zu stoppen, solange es noch Zeit ist, findet kein Gehör. Während der nationalistische Wahn Deutschland in die Katastrophe treibt, bereiten sich Sozialdemokraten im Exil auf den Neuanfang vor.

1945 – 1959 Wiederaufbau und Opposition

Als der Krieg 1945 zu Ende geht, machen sich die Deutschen an den Wiederaufbau ihres zerstörten Landes. „Trümmerfrauen“ beginnen in ganz Deutschland, die Städte vom Schutt zu befreien. Aber der politische Neuanfang vollzieht sich keineswegs so tiefgreifend, wie Sozialdemokraten es erhofft und mit vorbereitet haben. Die SPD sucht einen demokratischen Weg zur Überwindung der Teilung des Landes und zu seiner sozialen Gestaltung. Im sowjetischen Herrschaftsbereich kommt es im April 1946 zur Zwangsverschmelzung von SPD und KPD: als SED. Mehr als 5000 SPD-Mitglieder werden verhaftet. Tausende müssen fliehen oder ihre politische Standfestigkeit mit dem Leben bezahlen. In der Ostzone (mit Ausnahme des Sowjetsektors in Berlin) existiert fortan die SPD nicht mehr.

Am 23. Mai 1949 tritt das Grundgesetz in Kraft – eine der „seltenen Sternstunden unserer Geschichte“ wie der Sozialdemokrat Gustav Heinemann später sagen wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist entstanden. Im selben Jahr erfolgt die Gründung der DDR. Das Grundgesetz bedeutet ein großes Angebot an die neue deutsche Demokratie. Es enthält den Auftrag zum Aufbau einer sozialen Demokratie. Die Forderung der Arbeitnehmer nach gleichberechtigter Mitsprache in der Wirtschaft ist Unternehmern und bürgerlichem Parteienlager gar nicht recht. Sie sind gegen die paritätische Mitbestimmung der Montanindustrie. Der Streit um Deutschlands Zukunft dauert an. Die SPD ficht von Beginn an für die Wiedervereinigung Deutschlands als „Nahziel“. Sozialdemokraten haben maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau. An der innenpolitischen Gesetzgebung wirkt die SPD konstruktiv mit: der weitaus größte Teil aller Gesetze wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie im Bundestag verabschiedet. Die eigentlich harte Konfrontation vollzieht sich in der Außenpolitik.

1959 – 1969 Aufbruch zum Wandel

„Hände weg von taktischen Atomwaffen“, fordert die SPD. Der Deutschlandplan der SPD sieht 1959 ein wiedervereinigtes Deutschland in einer atomwaffenfreien Zone Mitteleuropas vor. Der Bundestag erlebt die stürmischsten Debatten seiner Geschichte, als es um die deutsche Wiederbewaffnung geht. Die SPD ist nicht grundsätzlich gegen einen deutschen Beitrag zur Verteidigung, freilich sieht sie realistisch voraus, dass damit die Spaltung Deutschlands vertieft wird. Gegen ihren Rat werden sowjetische Wiedervereinigungsangebote nicht einmal ausgelotet. Wiederbewaffnung und Nato-Beitritt der Bundesrepublik setzen erst einmal einen Schlussstrich unter die Hoffnungen auf eine deutsche Wiedervereinigung. Die Regierung Adenauer legt sich auf die „Politik der Stärke“ fest. Der Mauerbau 1961 bedeutet für Millionen Menschen das Scheitern der bisherigen „Politik der Stärke“.

Ein Sonderparteitag verabschiedet in Godesberg das neue Grundsatzprogramm, das den Anspruch der deutschen Sozialdemokratie, eine Volkspartei zu sein, programmatisch untermauert. Die SPD stellt sich programmatisch dar, als das, was sie schon lange gewesen war: eine linke, freiheitliche, sozial fortschrittliche Volkspartei. Die Sozialdemokratische Partei bietet den Bürgern Lösungen zu den wichtigsten innenpolitischen Problemen an. Willy Brandt nennt 1962 die großen „Deutschen Gemeinschaftsaufgaben“: bestmögliche Ausbildungs- und Bildungschancen für junge Menschen; die Sorge um die älteren Mitbürger; ein modernes Gesundheitssystem für alle; die Erneuerung der Städte, Gemeinden und Dörfer. Zu den Forderungen zählt bereits damals der Umweltschutz, insbesondere die Reinhaltung der Luft.

Die Jugend verlangt nach Veränderung. Das wachsende Bewusstsein der Jugend für den demokratischen Rechtsstaat, das sich auch in Demonstrationen gegen Rechtsbeugungen während der „Spiegel-Affäre“ 1962 Luft gemacht hat, zeigen vor allem jungen Menschen ein neues demokratisches Selbstbewusstsein und das Verlangen nach gesellschaftlichen Reformen.

Die Bildung der Großen Koalition des Jahres 1966 gehört in die Reihe der parteiintern hart umstrittenen Entscheidungen in der Geschichte der Sozialdemokratie. Die Entscheidung, als Partner mit der CDU/CSU eine Regierung zu bilden, fällt der SPD schwer. Sie entschließt sich dazu aus Verantwortungsgefühl, denn Wirtschaftskrise und Außenpolitik verlangen dringend nach neuen Impulsen.

1969 – 1982 Verantwortung für Deutschland

Sozialdemokraten übernehmen die Verantwortung in einer Zeit, die innenpolitisch von dringend notwendigen Reformen, außenpolitisch von entschlossener Friedenspolitik bestimmt sein wird. Die SPD erringt trotz einiger Rückschläge große Erfolge für ein modernes Deutschland. „Mehr Demokratie wagen“. Dieses Motto prägt die Aufbruchsstimmung der frühen 70er Jahre in der Bundesrepublik. Unter der Kanzlerschaft Brandts wird das Wort „Ostpolitik“ über die Grenzen Deutschlands hinaus ein Begriff für den Versuch, Entspannung und Normalisierung zwischen Ost

und West durchzusetzen. Die Bundesrepublik erwirbt sich in der Welt neues Ansehen als ein Staat, der Gewaltverzicht und Frieden erstrebt. Abkommen mit der DDR sichern Transitwege und erweitern die Möglichkeit der Familienzusammenführung. Für seine Verdienste um Völkerverständigung und Frieden erhält Brandt am 10. Dezember 1971 den Friedensnobelpreis.

CDU und CSU wollen sich mit den neuen Machtverhältnissen nicht abfinden. Das Misstrauensvotum der Opposition (1972) den Bundeskanzler zu stürzen misslingt. Die Parteien einigen sich auf vorgezogene Neuwahlen. In der Bevölkerung setzt eine noch nie dagewesene Politisierung und Wahlmobilisierung ein. Vor allem unter den Jungwählern, den Frauen und den Arbeitnehmern der unteren Einkommensschichten erhielt die Partei großen Zuwachs.

Die neue Regierung bemüht sich um Völkerverständigung, Entspannung und Friedenssicherung, doch noch mehr Energie verwendet das Kabinett unter sozialdemokratischer Führung auf innenpolitische Reformarbeit. Einige Stationen:

- Die flexible Altersgrenze erleichtert den Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand.
- Ab 1970 erhöht sich automatisch die Rente der Kriegsoffer und Kriegerwitwen.
- Die medizinische Versorgung wird verbessert, kostenlose Vorsorgeuntersuchungen gibt es seit 1971.
- Das neue Betriebsverfassungsgesetz (1972) gibt Betriebsräten und Jugendvertretern mehr Rechte.
- Kinder, Schüler und Studenten erhalten Versicherungsschutz bei Unfällen.
- Das Ziel heißt: gleiche Bildungschancen für alle.

Im Laufe der Jahre erweist sich angesichts der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, wie wichtig es war, das Netz sozialer Sicherungen enger zu knüpfen.

Helmut Schmidt genießt in der Welt hohes Ansehen. Er übernimmt, nach dem Rücktritt von Willy Brandt der die Verantwortung im Zusammenhang mit dem Spionagefall Guillaume übernommen hat, das Amt des Kanzlers. Seine Erfahrungen als früherer Verteidigungs- und Finanzminister erleichtern es ihm, die politischen Probleme der kommenden Jahre zu meistern: Seit der Ölpreiskrise 1973 ist die weltwirtschaftliche Ordnung zusehends in Wanken geraten. 1976 stellt die SPD ihren Bundestagswahlkampf unter das Motto: „Den Frieden wählen.“ In der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus (1977) beweist die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung Stärke und Maß. Die großen Kontroversen um Umweltschutz und Sicherheitspolitik bringen neue politische Bewegungen hervor.

1982 – 1989 Versöhnen statt spalten

Die „Wende“ der Machtverhältnisse in Bonn markiert 1982 den Beginn einschneidender Veränderungen, unter denen vor allem die Arbeitnehmer zu leiden haben. CDU/CSU und FDP betreiben eine Politik der sozialen Kälte: hohe Arbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Absicherung, Einschnitte in Rechte der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften. Die SPD wendet sich gegen eine Spaltung des Volkes und setzt auf ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft: Arbeit für alle in einer geschützten Umwelt. Zu dieser Zeit tritt mit den Grünen eine zusätzliche Partei an, die der SPD Stimmen abzieht und besonders Jungwähler auf ihre Seite bringen kann. Politische und wirtschaftliche Skandale erschüttern die Bundesrepublik.

1989 – 1997 Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört

Die Ungarn öffnen im Sommer 1989 den Eisernen Vorhang. In der DDR gehen Millionen auf die Straße. Am 09. November fällt die Mauer. Die Entspannungspolitik von Willy Brandt, gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU begonnen, findet ihren krönenden Abschluss. Am 08. Oktober 1992 stirbt der Mann, der die Nachkriegsgeschichte der SPD wie kein zweiter geprägt hat: Willy Brandt. Massenarbeitslosigkeit und soziale Fehlentwicklungen lassen die in einzelnen Bevölkerungsschichten latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit Anfang der neunziger Jahre in Hass und Gewalt umschlagen. Die Reihe von Gewalttätigkeiten rechtsextremistischer Täter rufen aber auch eine Gegenbewegung hervor, die breite Bevölkerungsschichten erfasst. Immer mehr Menschen machen sich stark für soziale Gerechtigkeit.

1998 – 2008 Deutschland in guten Händen

1998: Nach 16 Jahren wird die Kohl-Regierung bei der Bundestagswahl aus dem Amt gewählt, die SPD wird stärkste Partei und bildet zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen die neue Regierung. Gerhard Schröder wird dritter sozialdemokratischer Bundeskanzler. Rot-Grün nimmt eine Reihe dringend notwendiger wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen mutig und entschlossen in Angriff und macht Deutschland wieder zukunftsfähig. Deutschland übernimmt international mehr Verantwortung und engagiert sich im weltweiten Anti-Terrorkampf. Bundeskanzler Schröder lehnt eine deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen US-geführten Irak-Krieg ab und setzt dagegen auf abgestimmtes Handeln unter dem Dach starker internationaler Organisationen. Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme bedeuten für viele Menschen harte Einschnitte. Trotzdem sind sie notwendig. Hohe Arbeitslosigkeit, die zunehmende Alterung der Gesellschaft und leere öffentliche Kassen unterhöhlen die finanzielle Basis des Sozialstaates. In vielen Städten kommt es zu Protestaktionen. Nachdem die SPD im Frühjahr 2005 bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen die Mehrheiten verliert, droht im Bundesrat eine Totalblockade durch die Opposition. Gerhard Schröder macht den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei, indem er sich der Vertrauensfrage stellt. Nach einer fulminanten Aufholjagd wird die SPD nur knapp von der Union geschlagen. Nach langwierigen Verhandlungen geht die SPD -

erstmals seit 36 Jahren - wieder in eine große Koalition unter Angela Merkel als Bundeskanzlerin. Die umfassenden Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung, unter Gerhard Schröder, zeigen Erfolge. Im Herbst 2008 sinkt die Arbeitslosigkeit um zwei Millionen auf rund drei Millionen. Dennoch können immer mehr Menschen die Vollzeit arbeiten, von ihrem Verdienst allein nicht leben. Deshalb kämpft die SPD für gerechte Mindestlöhne, für gleiche Löhne für Frauen und Männer, für gute Arbeitsbedingungen und für starke Arbeitnehmerrechte. Die SPD setzt die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm fort, das auf dem Hamburger Parteitag Ende Oktober 2007 beschlossen wird. Als erste deutsche Partei gibt die SPD damit Antworten auf die Frage, wie unter den Bedingungen einer globalisierten Welt wirtschaftlicher Wohlstand verbunden mit gesellschaftlicher Solidarität gestaltet werden kann.